

Die Staatengruppe G 20 hat beim Finanzkrisen-Gipfel in London als Feuerwehr gute Dienste geleistet. Mehr als eine Billion Dollar sollen die Weltwirtschaft vor einer Depression bewahren, die Not in den ärmsten Ländern der Welt mindern und zur ökologischen Modernisierung beitragen. Auch bei der Brandvorbeugung ist die G 20 gründlich zu Werke gegangen. Finanzinstitute werden von nun an schärfer überwacht und

FORUM

systemische Risiken am Finanzmarkt aufmerksamer verfolgt. Einen Schmelbrand haben die Staatshäupter hingegen vernachlässigt: die Gefahr des Protektionismus.

Wie bei ihrem ersten Treffen im November 2008 in Washington blieb es im Wesentlichen bei vagen Versprechungen, keine neuen Handelsschranken zu errichten. Zwar haben seitdem 17 der 20 führenden Wirtschaftsnationen Maßnahmen ergriffen, die den internationalen Handel verzerren. Aber die Konsequenzen lassen sich nicht mit den gefürchteten dreißiger Jahren vergleichen, als ein Staat nach dem anderen seinen Markt verriegelte und so die Weltwirtschaftskrise verschärfte. Die Mahnungen zur Zurückhaltung scheinen also zu reichen.

Doch die Zollspirale der dreißiger Jahre ist der falsche Maßstab. Hierin liegt nicht der wahre Gefahrenherd. Denn die

Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat exportorientierte Interessen gestärkt, die sich gegen Zölle zur Wehr setzen. Immer mehr Unternehmen sorgen sich um ihre Konkurrenzfähigkeit, wenn importierte Rohstoffe und Vorprodukte teurer werden, und sie fürchten, dass ein schlechtes Vorbild Nachahmer im Ausland finden und die Exportmärkte gefährden könnte. Außerdem haben sich die meisten Staaten in der Welthandelsorganisation (WTO) auf Höchstgrenzen für ihre Zölle verpflichtet. In Industrieländern lässt dies nur marginalen Spielraum.

Andere Methoden, die inländische Produktion und Beschäftigung auf Kosten des Auslands anzukurbeln, stoßen jedoch auf weniger politischen Widerstand und lassen sich leichter mit dem WTO-Recht vereinbaren. Bislang greifen Regierungen vor allem zu Subventionen. Je schwerer aber die Staatsschulden lasten, desto attraktiver wird künftig ein anderes Arsenal. Dazu gehören gezielte Zölle gegen besonders preisgünstige Anbieter, WTO-konform getarnt als Maßnahmen gegen den unfairen Wettbewerb. Zu-

gleich lassen sich ausländische Hersteller mit technischen Standards unauffällig diskriminieren, und administrative Hürden behindern grenzüberschreitende Dienstleister.

In den kommenden Monaten und schlimmstenfalls Jahren wird ein solch versteckter Protektionismus von steigenden Arbeitslosenzahlen und einer (nach dem Finanzmarktdebakel verständlichen) marktfeindlichen Grundstimmung angefacht werden. Diese Aussicht ruft schlechte Erinnerungen wach. Nach den Ölkrisen der siebziger Jahre überboten sich die Regierungen in den abwegigsten Handelsbarrieren und verlängerten die Rezession nach Kräften. Es kostete die Staatengemeinschaft über ein Jahrzehnt, die übelsten Schikanen im globalen Handelsfluss zu entschärfen.

Statt lediglich an Rücksicht und Vernunft zu appellieren, sollte die G20 Reformen angehen, um den Protektionismus einzudämmen. Einen ersten Schritt haben die Regierungen mit ihrer Verpflichtung unternommen, alle neuen Handelschranken sofort zu melden. Dies sollte mit genauen Informationen einhergehen,

wie die Maßnahme ausgestaltet ist und inwiefern sie den Welthandel beeinträchtigen dürfte. Zudem sollten die Regierungen begründen, wieso keine zumutbaren Alternativen zur Verfügung standen, um



Dr. Valentin Zahrt ist Mitarbeiter am European Centre for International Political Economy (ECIPE) in Brüssel. Foto: oh

die wirtschaftspolitischen Ziele auf handelsverträglichere Art zu erreichen. Besser informiert könnten in- und ausländische Akteure schneller und wirksamer Druck ausüben, sobald eine Regierung der protektionistischen Versuchung erliegt.

Ebenso wichtig wie eine zeitnahe Diskussion aller neuen Handelsschranken ist die analytische Bestandsaufnahme der gesamten Handelspolitik eines Landes. Je nach Handelsvolumen eines Landes verfasst die WTO zu diesem Zweck alle zwei bis sechs Jahre einen individuellen Bericht. Dieser könnte die gesamtwirtschaftlichen Kosten handelsverzerrender Staatseingriffe aufzeigen und den Befürwortern offener Märkte stichfeste Argumente liefern. Tatsächlich liegt dieses Potential brach, die oberflächlichen und unkritischen Berichte der WTO schaffen es nicht, den politischen Diskurs zu prägen.

Wie ließe sich das ändern? Erstens müsste man dem WTO-Sekretariat mehr Ressourcen zugestehen, um Handelspolitik überzeugend zu analysieren. Zweitens dem WTO-Sekretariat den diploma-

tischen Maulkorb abnehmen, damit die Berichte Biss bekommen. Drittens die Berichte im transparenten Austausch mit Experten schreiben und nicht hinter verschlossenen Türen mit der Regierung des betroffenen Landes aushandeln. Viertens die Ergebnisse vor Ort öffentlich präsentieren und diskutieren statt lediglich an Staatsvertreter am Sitz der WTO in Genf zu wenden. All dies ließe sich innerhalb des bestehenden Vertragstextes verwirklichen – allein es fehlt der politische Wille.

Es ist schön und gut und ehrbar, sich gegen Protektionismus auszusprechen. Aber es braucht auch Taten. Gerade dadurch möchten sich die G 20 auszeichnen: im kleinen Rat der Mächtigen Impulse setzen, die dann im größeren Kreis der internationalen Organisationen aufgenommen werden. Diesen April in London hat die G 20 zu löschen versucht, wo die Flammen am höchsten schlugen. Doch nun gilt es, die ideenlose Passivität bei Handelsthemen abzuschütteln und die gleiche Ambition wie bei Finanzfragen an den Tag zu legen.

Wenn die Mittel des Währungsfonds aufgestockt und seine Funktionen erweitert werden sollen, wieso kann nicht auch die WTO eine Prise Reformeifer abbekommen? In der Zukunft reicht die Beteuerung nicht, die liberale Welthandelsordnung bewahren und ausbauen zu wollen. Die Regierungschefs müssen konkrete Wege aufzeigen, wie sie ihre Versprechen halten wollen.